

Welt der Arbeit

Ausgabe 23

www.weltderarbeit.de

12. Oktober 2005

WdA im Oktober

Es gibt viele Gründe für Proteste und Widerstand gegen die Politik der Herrschenden. In Frankreich demonstrierten am 4. Oktober erneut Millionen Menschen gegen den neoliberalen Kurs der Regierung. An dem Aktionstag für „Stärkung der Kaufkraft, Abbau der Arbeitslosigkeit und Verteidigung von Arbeitnehmerrechten“ wurden 150 Demonstrationzüge im ganzen Land gezählt. Die Post wurde nicht ausgetragen. Die Zeitungen fehlten an den Kiosken. In vielen Städten fuhr kein Bus, keine Tram, keine Metro. Die Fluglotsen streikten. Die Menschen sind zornig über die Verschlechterung ihrer Arbeits- und Lebensverhältnisse. Und bei uns? Alles paletti? „Du bist Deutschland“? Wie lange wollen wir uns die täglichen Entwürdigungen noch gefallen lassen? In dieser Ausgabe der WdA liefern wir weitere Informationen mit Gründen zum Widerstand.

Die Themen im Einzelnen:

Seite 1:

Proteste gegen EU-Dienstleistungsrichtlinie

Seite 2

Besser statt billiger

Seite 3:

Neoliberale schaffen keine Arbeitsplätze

Seite 4:

Tod durch Armut, Kapitalismus pur

Seite 5:

Die Berater-Republik: Organisierte

Verantwortungslosigkeit

Seite 6:

Blick zurück:

„...bis hin zum Streik“

Seite 7:

Buchempfehlungen

Seite 8:

Entwicklung der Leiharbeit, 60 Jahre

Einheitsgewerkschaft

Seite 9:

Ein neoliberales

Ideologieprojekt, Kommentar, Buchtipp, Impressum

Proteste gegen EU-Dienstleistungsrichtlinie

Das Europäische Parlament wird wahrscheinlich erst im Januar 2006 in erster Lesung über eine Dienstleistungsrichtlinie der EU entscheiden. Im federführenden Ausschuss für Binnenmarkt konnte am 4. Oktober keine Einigung erzielt werden. Die nächste Ausschusssitzung soll im November stattfinden. Mehr als 1.000 Änderungsanträge zum Entwurf der Kommission belegen, wie heikel das Thema ist. Die Gewerkschaften haben für den 15. Oktober zu Aktionen aufgerufen.

Sollte die nach ihrem Schöpfer, einem ehemaligen EU-Kommissar, auch Bolkestein-Hammer genannte Richtlinie beschlossen werden, müssten die EU-Mitgliedstaaten ihre Gesetze so ändern, dass für fast alle grenzüberschreitend erbrachten Dienstleistungen in der Union das Herkunftslandprinzip gilt. Das bedeutet: Firmen, die Dienstleistungen in einem anderen Land erbringen, unterliegen nur den gesetzlichen Regelungen ihres Herkunftslands. Sieben von zehn Beschäftigten arbeiten im Dienstleistungssektor. Dazu zählen Branchen wie Altenpflege, Müllabfuhr, Wasserversorgung, Handel, Baugewerbe und Handwerk. Für fast alle würde künftig das Herkunftslandprinzip gelten. Rechtschaos wäre die Folge. Weil Kontrollen ohnehin kaum durchführbar wären, sollen sie, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nur noch den räumlich fernen Behörden im Heimatland der Beschäftigten erlaubt sein. Die dürften aber daran kaum Interesse haben, weil sie von den Wettbewerbsvorteilen ihrer Unternehmen profitieren. Selbst da, wo Standards bereits auf relativ hohem Niveau EU-Normen entsprechen, wären effektive Kontrollen nicht mehr möglich. Stattdessen fordert die EU-Kommission von den Staaten mehr Vertrauen zueinander.

Damit Konzerne aus den Rechtssys-

temen immer das günstigste aussuchen können, soll die Niederlassungsfreiheit gleich mit realisiert werden. So können Betriebe schnell reagieren, wenn ein Land seine Standards senkt, um im Wettbewerb mithalten. Unternehmen sollen frei wählen können, ob Dienstleistungen grenzüberschreitend unter dem Herkunftslandprinzip oder im Land durch eine Niederlassung erbracht werden. Damit lässt sich nahezu alles als grenzüberschreitende Dienstleistung erbringen. Die formale Verlagerung des Betriebssitzes würde ausreichen. Man beauftragt einfach eine externe Firma, die man dazu vielleicht selbst gegründet hat, und schon kann man die bestehenden Tarifregelungen umgehen. Da ein europaweites Streikrecht in der EU-Verfassung nicht vorgesehen ist, wird es ein Leichtes sein, die europäischen Gewerkschaften gegeneinander auszuspielen.

Erbringt ein Unternehmen seine Tätigkeit grenzüberschreitend, ist für die Vertretung der Beschäftigten die Gewerkschaft des Heimatlandes zuständig. Auch die Regeln zur Wahl eines Betriebsrats und dessen Rechte richten sich nach dem Herkunftsland, selbst dann, wenn am Tätigkeitsort nur inländische Beschäftigte arbeiten.

Das ist Raubtierkapitalismus, der dazu führen wird, dass die EU-Staaten ihre Standards immer mehr senken und auch Unternehmen ihre Qualität nicht mehr halten können. Wer im Wettbewerb mithalten will, der wird Löhne drücken und an Investitionen sparen. Dadurch geraten auch Aus- und Weiterbildung in Gefahr.

Die Dienstleistungsrichtlinie ist eine Gefahr für Europa. Wer Menschen gegeneinander ausspielt, sät Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit! Deshalb müssen die Proteste und Demonstrationen in den nächsten Tagen und Wochen in Europa eine breite Unterstützung finden.

www.attac.de/bolkestein

Innovationen und soziale Sicherheit

Besser statt billiger

Großunternehmen und Konzerne haben ihre Gewinne kräftig steigern können. Dazu haben auch die von der rot-grünen Bundesregierung beschlossenen Steuer-senkungen spürbar beigetragen. Die Hoffnung, dass dadurch Arbeitsplätze gesichert und geschaffen werden, hat sich nicht erfüllt. Die von den Beschäftigten erarbeiteten Profite wurden überwiegend privatisiert und nicht in die Betriebe investiert.

„Allem Innovationsgerede zum Trotz setzen noch immer viel zu viele Unternehmen auf die Verbilligung und Verdrängung menschlicher Arbeit, auf Personalausdünnung und Auslagerung, auf Druck und Anpassung, auf Kostensenkungs- statt auf Innovationswettbewerb“, beklagte der Vorsitzende der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft, Frank Bsirske, im April dieses Jahres bei der Eröffnung des Kongresses „Menschen machen Innovationen“ in Bremen. Die Innovationschwäche in unserem Land hat sehr viel mit Defiziten bei sozialen, organisatorischen und kulturellen Faktoren in den Unternehmen zu tun. Das bedeutet:

- Demotivierung der Beschäftigten durch Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes,
- straffe Hierarchien, wenige Freiräume, schlechte Arbeitsorganisation
- und die Reduzierung von Kosten stehen im Vordergrund.

Vor allem im Dienstleistungsbereich sind notwendige Innovationsleistungen außerordentlich unterentwickelt. Deshalb fordert ver.di die Erschließung neuer Beschäftigungsfelder durch Dienstleistungsförderung. Dazu

heißt es in den „ver.di-Positionen zur Innovationspolitik“, die vom Bundesvorstand am 13.12.2004 beschlossen wurden, unter anderem:

„Für ver.di steht die Sicherung, Ausweitung und Verbesserung der Dienstleistungsbeschäftigung im Zentrum der Innovationspolitik. Wir wollen unsere Leitvorstellungen einer ökonomisch leistungsfähigen, sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Entwicklung schrittweise verwirklichen. Dazu ist gesellschaftliche und betriebliche Erneuerung nötig und dazu bedarf es verstärkter privater wie öffentlicher Investitionen in neue Dienstleistungsangebote“.

(www.verdi.de/positionen)

Eine neue Strategie hat auch die IG Metall in Nordrhein-Westfalen entwickelt. „Besser statt billiger“ – unter diesem Motto wurde eine Modernisierungsoffensive gestartet. Sie soll dazu beitragen, dass Unternehmen mit besseren Produkten und Arbeitsabläufen wettbewerbsfähiger werden, statt von den Beschäftigten Verzichte zu verlangen. Die Betriebe sollen die Qualität ihrer Waren verbessern, in neue Produkte investieren und die Beschäftigten qualifizieren.

Ausgangspunkt für die gewerkschaftliche Initiative ist der Metall-Tarifabschluss des vergangenen Jahres, mit dem IG Metall und Unternehmerverband den Flächentarif für betriebsnahe Lösungen bei Lohnhöhe und Arbeitszeit geöffnet haben. Die Tarifparteien haben ein Einspruchsrecht gegen betriebliche Abweichungen von den Normen des Tarifvertrages.

Detlef Wetzel, Bezirksleiter der IG Metall in Nordrhein-Westfalen, betont, entscheidend sei die „inhaltliche Antwort auf eine Tendenz, Kostensenkungen zum zentralen Unternehmensziel zu machen“. Wenn ein Unternehmen von Tarifstandards abweichen wolle, werde die Gewerkschaft noch genauer als bisher darauf achten, dass das Management ein tragfähiges Zukunftskonzept vorlegt. Inzwischen beteiligen sich Betriebsräte und Vertrauensleute in mehr als 100 Unternehmen an dem zunächst bis 2007 angelegten Projekt.

Die Kampagne wirkt sich auch auf die Mitgliederentwicklung der IG Metall aus. „Dort wo wir die Auseinandersetzung um konkrete Lösungen in den Betrieben offen angehen, stellen wir eine eindeutig positive Mitgliederentwicklung fest“, sagte Wetzel dem *Handelsblatt*. Seit Jahresbeginn sind in gut einem Drittel der 46 Verwaltungsstellen in NRW steigende Mitgliederzahlen festzustellen. Im vergangenen Jahr hatte die Gesamtorganisation noch einen Verlust von vier Prozent zu verzeichnen.

Die begründeten betrieblichen Abweichungen werden die Erosion der Flächentarife nicht aufhalten können. Die Konkurrenz zwischen den Belegschaften wird zunehmen. Ob mit dieser Strategie tatsächlich Arbeitsplätze gesichert und vielleicht sogar geschaffen werden, ist offen. Notwendig sind politische Lösungen, die eine reale Gleichstellung von Kapital und Arbeit ermöglichen. Die Beschäftigten müssen ein Mitbestimmungsrecht über Innovationen, über die Arbeitsbedingungen und die Verwendung der geschaffenen Werte erhalten.

Franz Kersjes

Neoliberale schaffen keine Arbeitsplätze

Die Unternehmer machen mobil. Sie drängen auf weitere Reformen, die ihren Interessen dienen. Und ihre politischen Vollstrecker in den Parteien und Parlamenten verkünden täglich, mit welchen Maßnahmen wirtschaftliches Wachstum gefördert, die Massenarbeitslosigkeit reduziert und neue Arbeitsplätze geschaffen werden sollen. Von den Medien werden in aller Regel die Formeln für den wirtschaftlichen Aufschwung bereitwillig und unkritisch verkündet, ohne dass hinterfragt wird, wohin die so genannten Reformen führen.

Die Grenzen des Wachstums

Zum Credo vieler Politiker gehört die Forderung nach Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Auch die Regierung Schröder erweckte immer wieder den Eindruck, dass durch ein entsprechend hohes Wirtschaftswachstum die Erwerbslosigkeit beseitigt werden könnte. Aber lässt sich wirtschaftliches Wachstum einfach weiter steigern, wenn bereits ein hohes Bruttoinlandsprodukt erreicht ist? 1993 erzielten rund 7,5 Millionen Beschäftigte in der Industrie einen Umsatz von umgerechnet knapp 1.000 Milliarden Euro. Heute produzieren nur noch sechs Millionen Beschäftigte 30 Prozent mehr. Unter diesen Bedingungen wären dauerhafte Wachstumsraten von vier bis fünf Prozent pro Jahr notwendig, um die Arbeitslosigkeit nennenswert zu verringern. Aber solche Wachstumsraten sind unrealistisch und ökologisch nicht zu verantworten. Im Übrigen: Das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland war noch nie so hoch wie heute. Und die Behauptung, weiteres Wachstum würde Arbeitsplätze schaffen, ist nichts anderes als der Versuch, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ruhig zu stellen.

In der *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* vom 25. 09. dieses Jahres haben Führungskräfte großer Familienunternehmen ihre Forderungen als „Programm für Deutschland“ veröffentlicht (www.intes-programm-fuer-deutschland.de). Insgesamt werden 15 Forderungen vorgelegt, „die jede neue Regierung lösen muss.“ Obwohl unser Land unbestritten Exportweltmeister mit steigenden Profiten ist, sollen „die Kosten der Arbeit in Deutschland“ weiter sinken, „um im internationalen Wettbewerb konkurrenzfähig zu bleiben.“ Die betrieblichen Verhandlungsparteien sollen „mehr Freiheit zur Gestaltung der Entgelte und sonstigen materiellen Arbeitsbedingungen“ erhalten.

Zu den Forderungen der Unternehmer gehört auch die so genannte „Lockerung des Kündigungsschutzes“. Aber warum soll beispielsweise ein Handwerksbetrieb neue Leute einstellen, wenn er nicht mehr Aufträge hat als vor der Gesetzesänderung?

Es fehlen Beweise

Ein Dauerbrenner in den Debatten über mehr Wirtschaftswachstum und weniger Arbeitslosigkeit ist die Forderung nach einer großen Steuerreform. Wo aber ist der Beweis für die Behauptung, weniger Steuern für Unternehmen würden mehr Beschäftigung ermöglichen? Warum sollen Betriebe zusätzliche Arbeitsplätze schaffen, wenn die zusätzlichen Aufträge fehlen und die notwendige Verkürzung der Arbeitszeit verweigert wird?

Mittlerweile hat Deutschland die zweitniedrigste Steuerquote in Europa. Mit ihr wird das Verhält-

nis zwischen Steueraufkommen und gesamter Wirtschaftsleistung beziffert. Die Länder in Osteuropa, die mit niedrigen Steuersätzen operieren, haben auch eine entsprechende Infrastruktur. „Wer glaubt, die Leistung eines Fünf-Sterne-Hotels zum Preis eines Zwei-Sterne-Hotels erhalten zu können, wird schnell feststellen, dass auch der Standard sinkt“, meint der Wirtschaftswissenschaftler Peter Bofinger. Der Anteil der Gewinne am Volkseinkommen liegt derzeit so hoch wie nie zuvor. Aber die Inlandsnachfrage ist nicht größer als im Jahr 1999. Das gibt es in keinem anderen europäischen Land; das gab es vorher auch nicht in der Bundesrepublik.

Untaugliche Konzepte

Die Forderungen nach Reformen führen keineswegs zu den notwendigen Ergebnissen. Beispiel Fernsehdiskussionen: Dort gibt es nie den Versuch, die wirtschaftspolitischen Behauptungen vom Ergebnis her zu diskutieren. Warum etwa soll die Produktion von Gütern und Dienstleistungen wachsen, wenn die so genannten Lohnnebenkosten sinken? Tatsächlich sollen die Löhne sinken. Aber steigen etwa die Umsätze im Einzelhandel, wenn abhängig Beschäftigte weniger Geld zur Verfügung haben? Antworten auf solche Fragen haben Politiker, Manager und Unternehmer selten. Die Antwort der Gewerkschaften muss klar sein: Die neoliberalen Konzepte sind zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen untauglich!

Franz Kersjes

Täglich sterben 30.000 Kinder **Tod durch Armut**

Die Armut in der Welt und die Anzahl der Menschen, die hungern und dadurch einen grauenvollen Tod sterben, sind angesichts des maßlosen Reichtums in der westlichen Welt absolut skandalös. Trotz vieler Versprechungen von Regierungen und Institutionen in den reichen Industrieländern hat sich an den Zuständen kaum etwas verändert, im Gegenteil, das Elend hat zugenommen. In keinem Regierungsprogramm der Welt haben Themen wie Armutsbekämpfung, Entwicklungspolitik und Umwelt Priorität.

Das UN-Kinderhilfswerk UNICEF fordert erneut eine Verstärkung des Kampfes gegen die Kindersterblichkeit. Nach dem kürzlich veröffentlichten Bericht der Organisation sterben täglich fast 30.000 Kinder unter fünf Jahren an behandelbaren und vermeidbaren Krankheiten. Durch einfache Maßnahmen könnte der Tod von weltweit fast elf Millionen Kleinkindern pro Jahr verhindert werden. Atemwegserkrankungen, Durchfall, Malaria, Masern und AIDS sind die Leiden, die bei Kleinkindern am häufigsten zum Tod führen. Mangelernährung ist bei 54 Prozent aller Todesfälle eine der entscheidenden Ursachen. Dabei ließe sich die Kindersterblichkeit mit einfachen Mitteln und geringen Kosten drastisch reduzieren. Aber in 98 Nationen der Erde gibt es bislang kaum Fortschritte beim Kampf für das Leben der Kinder. In zehn Ländern des südlichen Afrika, aber auch im Irak, Kambodscha und in Staaten der früheren Sowjetunion ist die Sterblichkeitsrate sogar wieder angestiegen.

Im September des Jahres 2000 kamen die Staats- und Regierungschefs von 150 Ländern zu einem Gipfeltreffen in New York zusammen und verabschiedeten eine Erklärung mit dem Ziel, den Anteil der Weltbevölkerung, die unter extremer Armut und Hunger leidet, bis zum Jahr 2015 zu halbieren, die Kindersterblichkeit zu verringern, die Gesundheit der Mütter zu verbessern, Seuchen zu bekämpfen, den Schutz der Umwelt zu verbessern und allen Kindern eine Grundschulausbildung zu ermöglichen. Aber offensichtlich fehlt der Weltgemeinschaft der politische Wille zur Bekämpfung von Armut und Elend. Derzeit leben immer noch mehr als eine Milliarde Menschen von weniger als einem US-Dollar pro Tag, 2,7 Milliarden von weniger als zwei Dollar. Aber in den reichen Ländern ist Geld genug vorhanden. Beispiel USA: Dort stehen derzeit 450 Milliarden Dollar Rüstungsausgaben 15 Milliarden Dollar Entwicklungshilfe gegenüber. Allein für den Krieg im Irak hat die Bush-Regierung bislang 130 Milliarden Dollar ausgegeben. Mit nur 30 Milliarden Dollar könnten Millionen Menschen in den Armutsregionen der Welt gerettet werden. Wenn die Geberländer ihre Entwicklungshilfe von durchschnittlich 0,14 Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes auf 0,7 Prozent steigerten, könnte die Armut in der Welt umfassend bekämpft werden.

Eine weltweite Kampagne von Nichtregierungsorganisationen will in diesem Jahr einen Durchbruch beim Kampf gegen Armut erzielen und Druck auf die Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft ausüben. In Deutschland läuft die Aktion unter dem Motto „Deine Stimme gegen Armut“. (Infos unter www.oxfam.de)

Kapitalismus pur

Pharmaindustrie: Fast 5.000 Arbeitsplätze hat die deutsche Pharmaindustrie im vergangenen Jahr vernichtet. Der Bundesverband der Pharmaindustrie (250 Unternehmen mit 74.000 Beschäftigten) hat dafür die Politik verantwortlich gemacht. Im ersten Halbjahr 2005 konnten die Pharmafirmen ihren Umsatz um 10,5 Prozent auf 10,6 Milliarden Euro steigern.

Siemens, mit mehr als 160.000 Beschäftigten eines der größten Unternehmen in Deutschland, will zur Sicherung und Verbesserung der Renditen fast 11.000 Mitarbeiter entlassen. Im Jahr 2004 hatte der Konzern einen Gewinn von 3,4 Milliarden Euro erwirtschaftet.

Ausfuhrüberschuss: Im ersten Halbjahr 2005 sind trotz gestiegener Importe die Ausfuhren auf einen neuen Rekord gestiegen. Die Exporte überstiegen die Einfuhren um 84,8 Milliarden Euro. In den 90er Jahren lag der durchschnittliche deutsche Ausfuhrüberschuss erst bei rund 44 Milliarden Euro pro Jahr.

1,6 Millionen Euro kassierten die Vorstandsmitglieder in den 30 DAX-Unternehmen durchschnittlich im vergangenen Jahr. Das waren 121.000 Euro oder acht Prozent mehr als im Vorjahr. Die durchschnittlichen Bezüge der Vorstandsvorsitzenden belaufen sich auf 2,6 Millionen Euro. Der Boss der Deutschen Bank kassiert 6,2 Millionen. Die tariflichen Lohn- und Gehaltserhöhungen der abhängig Beschäftigten lagen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes in 2002 bei durchschnittlich zwei Prozent.

Die Berater-Republik**Organisierte Verantwortungslosigkeit**

In der Politik scheint kaum etwas ohne Beistand von außen möglich zu sein. Wer etwas ändern will, ruft nach Beratern. Häufig wird schlechter Rat teuer bezahlt.

Politiker bemühen Berater, weil sie es in schwierigen Zeiten vorteilhaft finden, Verantwortung – und damit auch Schuld – abzugeben. Viele Parlamentarier haben enge Verbindungen zu großen Unternehmen, Konzernen und Wirtschaftsverbänden, arbeiten häufig mit Lobbyisten zusammen und entscheiden durchaus nicht immer unabhängig. Es gehört zum politischen Alltag, dass Konzerne, Anwaltskanzleien und externe Berater „politisches Monitoring“ betreiben. Sie begleiten das Entstehen von Gesetzen und Verordnungen und werden nicht selten gebeten, an Entwürfen mitzuarbeiten. Enge Beziehungen von Politikern zur Wirtschaft sind üblich geworden, vom Beratervertrag bis zum Sitz im Vorstand oder Aufsichtsrat.

Politische Landschaftspflege

Zwischen 1992 und 2003 hat sich der Umsatz der Beraterbranche in Deutschland von 5,9 auf 12,3 Milliarden Euro mehr als verdoppelt. McKinsey ist die Nummer eins gefolgt von der Unternehmensberatung Roland Berger. Fast 2.000 Verbände, Politikberater und Wirtschaftskanzleien stehen derzeit auf der Lobby-Liste des Bundestages. Der Einfluss der Interessengruppen auf die Politik war noch nie so groß wie heute. Die zunehmende Verfilzung von Politik und Wirtschaft hat die Macht der Lobbyisten bedrohlich verstärkt. Berufspolitiker sind immer seltener bereit,

Verantwortung zu übernehmen. Man versucht, Entscheidungen möglichst auf Ausschüsse, Kommissionen und Institutionen zu verlagern und sich dadurch unangreifbar zu machen, ähnlich wie in Wirtschaftsunternehmen, wo sich die Führungskräfte sehr häufig aus der Verantwortung stehlen. Mit Erfolgen wollen sie sich schmücken; die Verantwortung für Misserfolge liegt angeblich bei anderen.

Die entmachteten Parlamente

Immer mehr Entscheidungen fallen außerhalb der Ministerien und des Parlaments. Beispiel Hartz-Kommission: Bundeskanzler Schröder beauftragte nicht etwa das zuständige Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, ein Konzept zur Reform der Bundesanstalt für Arbeit vorzulegen, sondern externe „Fachleute“. Das Bundeskabinett und das Parlament hatten nichts zu sagen. Bevor die Bundesregierung und der Bundestag den Bericht der Kommission überhaupt vorliegen hatten, verkündete der Kanzler die Umsetzung der Hartz-Vorschläge „Eins-zu-Eins“.

Für Parteien und Regierungen ist die enge Kooperation mit Wirtschaftsberatern längst selbstverständlich geworden. In der Hartz-Kommission saßen die „Experten“ von Roland Berger und McKinsey; in der Rürup-Kommission hatte Roland Berger selbst Sitz und Stimme, und in der Herzog-Kommission der CDU war der McKinsey-Chef in Deutschland, Jürgen Kluge, persönlich engagiert. Die Ergebnisse solcher Kommissionen sind meistens umstritten und selten brauchbar. In der Dokumentation des Süd-

westfernsehens „Gelesen, gelacht, gelocht. Vom Irrsinn der Berater-Republik“ wurde auf ein Dutzend interner Berichte des Bundesrechnungshofes hingewiesen, die alle den von der Regierung Schröder beauftragten Beratungs-Dienstleistungen ein katastrophales Zeugnis ausstellen. Für Studien- und Beratungsleistungen werden jedes Jahr mehrere hundert Millionen Euro allein auf Bundesebene ausgegeben. In dem zentralen 50-seitigen Prüfbericht mit dem Titel „Einsatz externer Berater durch die Bundesverwaltung“, kritisieren die Rechnungshof-Prüfer vor allem die freihändige Vergabe von millionenschweren Berateraufträgen, die unzureichende Nutzung des vorhandenen Sachverstands und die mangelhafte Nutzung des eingekauften Wissens. Auf der Basis von 90 geprüften Gutachten fällt die Bilanz vernichtend aus: Die Prüfer bezweifeln, „ob Beratungsergebnisse überhaupt als Entscheidungsgrundlage verwendet wurden“.

„Ausdruck von Hilflosigkeit“

Der frühere Regierungssprecher Klaus Bölling kritisierte in der Dokumentation den „fulminanten Aufstieg der so genannten Berater zu fulminanten Honoraren.“ Für ihn ist der modische Einsatz von Beratern ein Zeichen für die „Unsicherheit der Politik“ und ein „Ausdruck von Hilflosigkeit“. „Es ist ein Armutszeugnis für diejenigen, die ihnen solche Aufträge geben, weil sie vom Zeitgeist geblendet sind. Und nachher kriegen sie eine Ansammlung von Banalitäten und Selbstverständlichkeiten geliefert.“

Franz Kersjes

Blick zurück:
„....bis hin zum Streik“

Oktober 2005 – 15 Jahre deutsche Einheit. Am 3.10.1990 war sie staatsrechtlich vollzogen worden. Die Entwicklung dahin war in einem Tempo verlaufen, das auch im Rückblick noch atemberaubend erscheint. Weder der DGB mit seinen Einzelgewerkschaften noch der FDGB der DDR war auf die Situation vorbereitet, die mit Glasnost und Perestroika ihren Anfang genommen hatte. Diskutiert wurden anfangs viele Möglichkeiten einer künftigen gewerkschaftlichen Entwicklung. Doch im Frühjahr 1990 war für den DGB klar: Er wollte eine gesamtdeutsche Bewegung freier, unabhängiger Gewerkschaften unter dem Dach des DGB schaffen. Bekräftigt wurde dies auf dem 14. Ordentlichen DGB-Bundeskongress im Mai 1990, der eine „Entschließung zur deutschen Einheit“ verabschiedete. Damit erhielt der Deutsche Gewerkschaftsbund den Auftrag sicherzustellen, „dass der DGB im Zuge des Vereinigungsprozesses der Mitgliedsgewerkschaften die Aufgaben des Dachverbandes in der DDR wahrnehmen kann“.

Das war ursprünglich nicht vorgesehen. Im Lauf des Umbruchjahres 1989 hatte es, zunächst zögernd, auch beim Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) in der DDR Reformbestrebungen gegeben. In diesem Zusammenhang entstanden Kooperationsabkommen mit Einzelgewerkschaften in der Bundesrepublik. Inhalt solcher Abkommen waren unter anderem Austausch von Fachleuten aus den Gewerkschaften, Betriebspartnerschaften zwischen Ost und West, gemeinsame Gewerkschaftsschulungen, Einrichtung von Beratungsbüros. Beim

FDGB kam der Reformprozess allerdings nur schleppend voran. Zudem hegten viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der DDR ein tiefes Misstrauen gegenüber den FDGB-Funktionären, die Jahrzehnte lang Vollstrecker der Vorgaben von Partei und Staatsregierung gewesen waren. Vor diesem Hintergrund erscheint es verständlich, dass viele Beschäftigte in DDR-Betrieben von vornherein an der Reformfähigkeit des FDGB zweifelten. Schon bevor die DGB-Entschließung zur deutschen Einheit verabschiedet wurde, fuhren Gewerkschafter aus dem Westen auf Wunsch ihrer DDR-Kollegen „nach drüben“. Zu ihnen gehörte Franz Kersjes, damals im zehnten Jahr Landesvorsitzender der IG Medien, Druck & Papier, Publizistik & Kunst in Nordrhein-Westfalen, dort außerdem DGB-Landesvorstandsmitglied.

„Auf Einladung aktiver Kolleginnen und Kollegen reiste ich im März 1990 nach Halle und Leipzig. Sehr ausführlich wurde zunächst die gewerkschaftliche Situation in der DDR diskutiert. Dabei wurde deutlich, dass verlässliche Strukturen in der ostdeutschen Gewerkschaft nicht mehr vorhanden waren. Den FDGB-Funktionären fehlte offensichtlich der Mut, mit den Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben offen zu diskutieren. Stattdessen entstanden hohe Erwartungen an die Gewerkschaften Westdeutschlands.“ Aber: „Jahrzehnte der Trennung hatten unterschiedliche Erfahrungen in gewerkschaftlichen Organisationen entstehen lassen. Die Kollegen im Osten haben uns wahrscheinlich etwas überschätzt; und wir haben sie

vielleicht ein wenig unterschätzt.“ Trotzdem musste zügig gehandelt werden, denn Eile war geboten, wie damals unter anderem im Druck- und Verlagswesen zu sehen war. „Eifrig bemüht, Mehrheitsanteile an DDR-Zeitungen zu erwerben, waren westdeutsche Zeitungsverleger in Druckereibetrieben und Verlagen bereits sehr aktiv geworden. Das erforderte rasche Entscheidungen zur Neuorganisation betrieblicher Interessenvertretungen, da die früheren Betriebsgewerkschaftsleitungen zumeist das Vertrauen der Beschäftigten verloren hatten. In Diskussionen wurde ich, und nicht nur ich, immer wieder aufgefordert, durch Hilfe zur Selbsthilfe den Aufbau neuer gewerkschaftlicher Strukturen zu unterstützen – bis hin zum ersten Streik bei der *Leipziger Volkszeitung*. Klar wurde bei diesen Aktivitäten, dass nur gesamtdeutsche Gewerkschaften Zustimmung im Osten finden würden.“ Der FDGB machte den Weg dafür durch Selbstauflösung frei; das geschah knapp drei Wochen vor dem ersten Tag der deutschen Einheit.

Franz Kersjes' kritisches Fazit: „Wir Westdeutsche haben beim gewerkschaftlichen Neuanfang in Ostdeutschland sicher Fehler gemacht. Heute ist mir klar, dass im Kampf gegen die kapitalistischen Profitjäger, die im Osten ausprobierten, was sie später im Westen mit gleicher Brutalität gegen Arbeitnehmer praktizierten, westdeutsche Gewerkschaften den Widerstand gegen Ausbeutung und Okkupation überzeugender hätten organisieren müssen. So gesehen haben die Gewerkschaften in den alten Bundesländern die vermeidbaren Betriebsschließungen und Arbeitsplatzverluste mitzuverantwortet. Dies ist eine bedrückende Erkenntnis.“ *Claus Floeder*

Buchempfehlungen

Cerstin Gammel/Götz Hamann
Die Strippenzieher
Econ Verlag, 288 Seiten, 19,95 €

Wer dieses Buch gelesen hat, ist empört und wütend. Schonungslos decken die Autoren die Machenschaften der Lobbyisten in Deutschland auf. Sie zeigen beispielhaft, wie die Wirtschaft die Politik schamlos korrumpiert. Tatsächlich tritt nahezu kein Gesetz in Kraft, auf das die Wirtschaft nicht Einfluss genommen hätte. Dieses Buch beschreibt den Weg der Lobbyisten ins Zentrum der Macht. Es zeigt, wie sie diesen Weg gehen und welche beispiellosen Erfolge sie mit ihren Schritten beim Kanzler der Bosse hatten. Es beschreibt präzise, wie Netzwerke entstehen, wie Gesetzesvorlagen tatsächlich von der Wirtschaft geschrieben und in Ministerien oft wörtlich übernommen werden. Es zeigt auch, wie Manager die Schreibtische wechseln und die jeweils gewünschte Denkweise in die Politik hineinragen.

Jürgen Glaubitz
Von Millionären und armen Schluckern

Die Verteilung von Einkommen und Vermögen in Deutschland
Ver.di b+b gGmbH, 80 Seiten, 5 €
Bestellungen: verlag@verdi-bub.de

Die gesellschaftliche Auseinandersetzung wird derzeit vor allem von neoliberalen Meinungsmachern beherrscht. Sie dominieren die Diskussionsrunden und Talkshows. Sie überschütten unser Land mit ihrer „Botschaft“, die Löhne und Steuern seien zu hoch. Sänken sie, ginge es mit Deutschland wieder bergauf. Die Tatsachen aber sehen an-

ders aus, denn die Verteilungsgräben werden tiefer: Aufwärts geht es mit Konzerngewinnen und Managergehältern. Aufwärts geht es mit Arbeitslosenzahlen und Armutslöhnen - Reichtum auf der einen und bittere Armut auf der anderen Seite!

Die Broschüre setzt sich offensiv mit den Behauptungen, Halbwahrheiten und tendenziösen Berichten der vorherrschenden „Lehre“ auseinander. Sie liefert Daten, Fakten und Argumente für alle, die nicht wollen, dass Deutschland ein Land von Millionen und armen Schluckern wird. Sie ist eine profunde Quelle für betriebliche und gewerkschaftliche Interessenvertretungen sowie für alle, die dem Zeitgeist argumentativ gut gerüstet entgegenzutreten wollen.

Der Autor Jürgen Glaubitz ist Leiter der Abteilung Wirtschafts- und Strukturpolitik beim ver.di-Landesbezirk NRW.

www.verdi-bub.de

Marita Vollborn
 Vlad Georgescu

Die Gesundheitsmafia

Wie wir als Patienten betrogen werden

Fischer Verlag, 384 Seiten, 18,90 €

Weite Teile des deutschen Gesundheitssystems stehen unter dem Einfluss von vier Interessengruppen: Pharmaindustrie, Ärzteschaft, Krankenkassen und Politik. Zusammen bilden sie eine Gesundheitsmafia. Rund 230 Milliarden Euro kassieren sie Jahr für Jahr. Als Begründung dafür geben sie lapidar „Kosten des Gesundheitssystems“ an. Die Vier gleichen in ihrer Handlungsweise klassischen Mafiaclans, wie Experten attestieren. Jede Gruppierung verfolgt die Durchsetzung der eigenen Inte-

ressen und respektiert die Belange der jeweils anderen. Einziger Verlierer der Kartellabsprache: der Patient.

„Es ist die Gier nach Macht und Geld, die große Teile des Medizinwesens durchsetzt und Strukturen ermöglicht, die in der Bundesrepublik ihresgleichen suchen. Denn neben Korruption, Einflussnahme mittels lukrativer Posten und Vergabe von Aufträgen in dem Milliarden schweren Markt geht es um mehr. Im Visier der Gesundheitsmafia steht die leise und bislang kaum wahrgenommene Aufhebung der Gewaltenteilung in wichtigen politischen Bereichen des Gesundheitssystems“.

Joel Bakan

Das Ende der Konzerne

Die selbstzerstörerische Kraft der Unternehmen

Europa Verlag, 232 Seiten, 12,90 €

Der Autor beschreibt die Entstehung der Konzerne vom Beginn der Industrialisierung bis heute. Und er führt Interviews mit Fachleuten, unter anderem mit dem Vorstandsvorsitzenden des Pharma-Riesen Pfizer ebenso wie mit dem Nobelpreisträger Morton Friedman und mit Noam Chomsky. Die Gespräche wurden für den sehenswerten Dokumentarfilm *The Corporation* aufgezeichnet, der auf diesem Buch basiert.

Bakan unterbreitet auch Vorschläge zur Begrenzung der Macht der Konzerne. „Das Ende der Konzerne“ entwickelt kein Horrorszenario ohne Ausweg, sondern ist ein Aufruf zur Verteidigung der Menschenrechte und für das mutige Eintreten gegen die Logik des Profits und die ungehemmte Ausweitung dieser Logik auf alle Lebensbereiche.

Entwicklung der Leiharbeit

Das Leiharbeitsrecht wurde seit 1997 mehrfach „angepasst“. Damit wollte der Gesetzgeber den Flexibilisierungsforderungen der Unternehmen entgegen kommen und gleichzeitig die Potenziale der Leiharbeit für zusätzliche Beschäftigung nutzen. Kein Wunder, dass die Leiharbeitsbranche in der vergangenen Dekade kräftig gewachsen ist.

Im Jahr 2004 gab es in Deutschland rund 400.000 Leiharbeiter/innen; das waren 1,5 Prozent aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten. Wachstumsmotor für Leiharbeit in den alten Bundesländern ist nach wie vor die Nachfrage von Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes. Das Wachstum der Leiharbeit in den

neuen Bundesländern ist auf die gestiegene Nachfrage aus dem Dienstleistungssektor zurückzuführen. Zwar ist der Umfang der Leiharbeit in Ostdeutschland in absoluten Zahlen gemessen sehr viel niedriger als in Westdeutschland. Die Dynamik der Leiharbeitsbranche ist aber im Westen wie im Osten vergleichbar groß. Während im Jahr 1998 die Nutzungsintensität der Leiharbeit im Osten unter der im Westen lag, lassen sich im Jahr 2004 kaum mehr Unterschiede feststellen.

Arbeitsmarkt 2005

Die leichte konjunkturelle Belebung in Deutschland, die im Jahr 2004 zu beobachten war, scheint sich – nach einer Wachstums-

pause im zweiten Halbjahr – im Jahr 2005 fortzusetzen. Die Erwerbstätigkeit nimmt zwar weiter zu (+0,4 %). Allerdings sinkt das Arbeitsvolumen (-0,5%), weil die Teilzeitbeschäftigung weiter wächst. Dagegen sinkt die sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigung erneut – was zu beträchtlichen Einnahmenverlusten bei den Sozialversicherungsträgern führt. Der durchschnittliche Anteil aller Teilzeitbeschäftigten am gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvolumen wird 2005 bei gut 12 Prozent liegen.

Die durchschnittliche Jahresarbeitszeit pro Beschäftigtem verringert sich leicht, vor allem weil Arbeitszeit senkende Effekte Vereinbarungen über längere Arbeitszeiten in den Betrieben überkompensieren.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Lesetipp

Blätter für deutsche und internationale Politik

Die politisch-wissenschaftliche Zeitschrift erscheint seit 50 Jahren monatlich. Auf 128 Seiten finden sich Analysen, Kommentare und Informationen mit Chronik und Dokumenten zum Zeitgeschehen und zu aktuellen Debatten.

Der Herausgeberkreis besteht derzeit aus Norman Birnbaum, Micha Brumlik, Dan Diner, Jürgen Habermas, Detlef Henschel, Rudolf Hickel, Jörg Hüffschmid, Walter Jens, Claus Leggewie, Ingeborg Maus, Jens Reich, u.a.

Probeabo (Zwei Ausgaben) für 10 Euro: mail@blaetter.de

www.blaetter.de

60 Jahre Einheitsgewerkschaft

Nach zwölf Jahren Nazi-Diktatur, nach Verbot der Gewerkschaften, unsäglichem Leid und Verfolgung von Gewerkschaftern und anderen, gründeten am 18. März 1945 sozialdemokratische, kommunistische und christliche Gewerkschafter in Aachen die erste Einheitsgewerkschaft auf deutschem Boden. Niemals wieder sollte die Arbeiterbewegung zersplittert und die Gewerkschaft nach den Worten eines Redners „ein Tummelplatz parteipolitischer Leidenschaften“ werden. Es gab durchaus verschiedene Vorstellungen über Aufgaben und Zukunft der Gewerkschaft. Doch Konsens war: Ohne Gewerkschaften ist ein demokratischer Aufbau im besetzten Deutschland nicht vorstellbar.

Der historische Anlass – die erste Gründung der Einheitsgewerkschaft vor 60 Jahren in Aachen –

gab den Anstoß, die Broschüre „Schafft die Einheit“ erneut, allerdings aktualisiert und erweitert, herauszugeben. Sie berichtet von Hoffnungen, alltäglichen Aufgaben und politischen Vorstellungen, die die Aachener Gewerkschafter antrieb, freie Gewerkschaften nach der nationalsozialistischen Zwangsherrschaft zu gründen. Zu Wort kommen Besatzungsoffiziere und Gewerkschaftsgründer, erläutert wird das erste Programm. Zugleich ist bereits von den ersten politischen Schwierigkeiten die Rede, gewerkschaftliche Positionen in der Nachkriegszeit durchzusetzen. Und für das Handeln der Gewerkschaften sind die damals beschlossenen Grundsätze immer noch aktuell.

DGB-Bildungswerk NRW e.V.
Schafft die Einheit
Klartext Verlag, Essen

Ein neoliberales Ideologieprojekt

Im Januar 2004 hatte Kanzler Schröder die einflussreichsten Wirtschaftsführer zu einem „Innovationsgipfel“ eingeladen. Verabredet wurde die Initiative „Partner für Innovation“, der 24 große Unternehmen und einige Verbände, darunter DGB und BDI, angehören. Inzwischen arbeiten über 300 Experten aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Gewerkschaften in 15 Impuls- und Arbeitskreisen.

Am 26. September starteten 25 führende deutsche Medienunternehmen gemeinsam die Kampagne „Du bist Deutschland.“ Der „Impuls-kreis Kommunikation“ will bis Januar 2006 unter Koordination der Bertelsmann AG mit der von namhaften Werbeagenturen entwickelten Propaganda im Volk für gute Laune sorgen. Die Kampagne wird von allen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und von privaten TV-Sendern, wie Premiere, ProSiebenSat.1 und der RTL-Gruppe sowie 14 Verlagen, darunter Bauer, Burda, Springer, FAZ, WAZ, Spiegel, Stern und Süddeut-

Filmtipp

Ein spannender Dokumentarfilm

The Corporation

145 Minuten, auf DVD,
bei Zweitausendeins für 14,90 €
(In englischer Sprache mit
deutschen Untertiteln)

Der Film stellt die Frage nach der geistigen Gesundheit einer Institution, die im Geschäftsverkehr die Rechte eines Menschen genießt, ohne sich um menschliche Werte zu küm-

sche Zeitung durch kostenlose Werbung gefördert. Ergänzt wird das Ganze durch Kinospots, Plakatwerbung und Internetauftritte (www.du-bist-deutschland.de). Rund 34 Millionen Euro werden verpulvert.

Etwa 40 so genannte Prominente unterstützen die Kampagne; sie sollen für Aufbruchstimmung im Land sorgen. Der Leiter des ZDF-Hauptstadt-büros, Dr. Peter Frey, beispielsweise meint: „Wir müssen Schluss machen mit Unsicherheit und Verzagtheit und jeden einzelnen daran erinnern, dass sein Beitrag für dieses Land wichtig ist.“ Eine Drohung?

Im „Manifest für Deutschland“ heißt es u.a.:

„Du bist Deutschland. Behandle dein Land doch einfach wie einen guten Freund. Meckere nicht über ihn, sondern biete ihm deine Hilfe an. Bring die beste Leistung, zu der du fähig bist. Und wenn du damit fertig bist, übertriff dich selbst. Schlag mit deinen Flügeln und reiße Bäume aus. Du bist die Flügel, du bist der Baum. Du bist Deutschland.“

mern. Vorgeführt wird der psychopathische Charakter von Konzernen anhand von haarsträubenden Fallstudien. Sie zeigen, wie Unternehmen uns beeinflussen, unsere Umwelt, unsere Kinder, unsere Gesundheit, wie sie Medien und Demokratie manipulieren.

Der kanadische Dokumentarfilm erhielt insgesamt 35 internationale Auszeichnungen und Publikumspreise in vielen Teilen der Welt.

Kommentar

Propaganda

Millionen Menschen in unserem Land sorgen sich um ihre Arbeitsplätze, also um die Zukunft. Mehr als sieben Millionen sind bereits unfreiwillig arbeitslos und suchen eine Beschäftigung gegen Bezahlung. Täglich wird ihnen einge-redet, sie müssten bescheidener werden und Verzicht akzeptieren. Zur Lösung der sozialen Probleme wird politisch so gut wie nichts getan. Aber wenigstens soll sich die Stimmung im Volk bessern. Mit einem beispiellosen Propagandafeldzug werden die negativen Auswirkungen der neoliberalen Politik übertüncht, damit sie nicht mehr bemerkt werden. Jeder soll sich gut fühlen und sein Schicksal selbst in die Hand nehmen. Wer mit Hartz IV leben muss, dem wird suggeriert, er sei selbst schuld. Unzufriedenheit schadet dem Land. Mit dem neoliberalen Wortgeklingel werden aber für niemanden die Zukunftsaussichten besser. Die Kampagne hat nur ein Ziel: Herrschaftssicherung.

Franz Kersjes

Impressum:

Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt:
Franz Kersjes, Abendrothstraße 5,
50769 Köln, Telefon: 0171 - 5 26 65 35

Mail: franz.kersjes@koeln.de

Die Welt der Arbeit erscheint kostenlos nach Bedarf und wird auch im Internet veröffentlicht.

www.weltderarbeit.de

Nachdruck erwünscht.
Beiträge von Gastautoren stellen nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers dar.